

## **Inhaltsprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie**

48. Sitzung  
21. November 2019

Beginn: 13.00 Uhr  
Schluss: 15.59 Uhr  
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### a) **Aktuelle Viertelstunde**

**Thorsten Weiß** (AfD) erläutert, dass der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung am Vortag im Deutschlandfunk an den Senat adressiert erklärt habe, es verbiete sich, im Zusammenhang mit dem Päderastieskandal eine Einrede der Verjährung vorzutragen bzw. auf fehlende Haushaltsmittel hinzuweisen. Was werde SenBildJugFam in Bezug auf den PKH-Antrag der Opfer unternehmen, um einen Verzicht auf Einrede wegen Verjährung zu erwirken?

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) bemerkt, ihr sei nicht bekannt, was der Beauftragte geäußert habe. Der Senat habe bei der Hochschule Hildesheim eine umfangreiche Studie in Auftrag gegeben. Die Hochschule habe ein Datenschutzkonzept entwickelt. Es gehe SenBildJugFam um schonungslose Aufklärung. Der Skandal habe bis ins Jahr 2000 angehalten. Es seien auch Kinder an pädophile Pflegeeltern vermittelt worden. Drei Fälle seien ihr bekannt. Man unterstütze die Betroffenen unbürokratisch. Aus dem Fonds für ehemalige Heimkinder würden Mittel angeboten. – Auch mit den Verjährungsfristen habe man sich auseinandergesetzt. Hier stoße man an rechtliche Grenzen.

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugFam) sagt, die Frage, ob sexueller Missbrauch strafrechtlich verjähren könne, habe im politischen Raum große Beachtung gefunden. Gesetze seien geändert worden. Dies gelte aber nicht für Fälle aus der Vergangenheit. Zivilrechtliches Handeln stütze sich auf staatsrechtliche Tatbestände. Berlin sei tätig geworden, und es seien Geldzahlungen erfolgt.

**Thorsten Weiß** (AfD) befürchtet, dass der Verweis auf das OEG die Qualität der besonderen Verbrechen herabwürdige.

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) findet gut, dass das Opferentschädigungsgesetz so breit aufgestellt sei. Sie finde es schwierig, die Sachverhalte gegeneinander auszuspielen.

**Dirk Stettner** (CDU) fragt, ob es zutreffe, dass die Förderrichtlinie für die Umsetzung des Digitalpakts von Berlin noch nicht veröffentlicht worden sei.

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) erwidert, sie habe sie unterschrieben. Sie sei am 8. November ins Amtsblatt gekommen.

**Dirk Stettner** (CDU) fragt, wann die Förderrichtlinie auf den einschlägigen Internetseiten des Senats veröffentlicht werde.

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) stellt klar, dass das Amtsblatt eine Veröffentlichung sei. Alle Schulen seien informiert. Sie wüssten, dass sie ein Medienkonzept entwickeln müssten.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) berichtet über ihr Treffen mit dem Sprecherrat von „Fridays for Future“. Man nehme sich Projekte vor. Über 100 Schüler/innen arbeiteten in den Gremien mit. Am 20. November habe eine Klimakonferenz, die mit Wissenschaftlern vorbereitet worden sei, mit über 300 Schüler/innen stattgefunden. Es habe Fachvorträge und Diskussionsveranstaltungen gegeben. NGOs hätten sich vorgestellt. Sie habe den Schüler/innen angeboten, dass die Veranstaltung jährlich stattfinden könne.

Zum Schulbau: Es gebe eine Einigung bezüglich der Grundschule Elsenstraße in Mahlsdorf. Beim Lily-Braun-Gymnasium sei mit dem Bau einer Typensporthalle begonnen worden.

Broschüren „Wohin nach der Grundschule“ seien ausgelegt worden. Es seien Materialien zur Kitaplatzsuche erarbeitet worden.

**Dirk Stettner** (CDU) fragt, ob der Senatorin bekannt sei, dass bei geplanten Schulneubauten nach Einreichung der BPUs durch die Bezirke die Prüfung durch die Senatsverwaltung bis zu zehn Monaten dauere und der Baubeginn sich dadurch verzögere.

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) antwortet, man müsste sich den Einzelfall anschauen. Die Bezirke befürchteten, dass sie Mittel nicht abrufen könnten, wenn die BPU nicht fertig sei. SenFin habe aber Offenheit signalisiert, dass mit Planungen schon begonnen werden könne. Sie bitte, einen konkreten Fall zu benennen. Die Taskforce Schulbau solle sich

solcher Fälle annehmen. Man prüfe bezüglich der Bedarfsträgerschaft, wann man besser aussteige, um schneller zu werden.

**Dirk Stettner** (CDU) interessiert, ob die Staatssekretärin nicht wisse, dass die Prüfung der BPU in Einzelfällen sieben Monate erfordere.

**Staatssekretärin Beate Stoffers** (SenBildJugFam) wiederholt, dass man sich jeden Einzelfall anschauen müsse. Es gebe BPUs, die so lange brauchten. Die Taskforce führe Bezirkskonferenzen durch, um ggf. solche Fragen aufzuarbeiten.

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) weist darauf hin, dass man Taskforces in den Bezirken habe. Ein Baustadtrat in Mitte habe nicht mitbekommen, dass seine Bauvorbereitungsunterlagen nicht fertig gewesen seien. SenBildJugFam führe die Diskussion, um in Bezirken Probleme auszuräumen.

**Dr. Maren Jasper-Winter** (FDP) fragt, ob Kitas Angebote in den Kita-Navigator eingestellt, dann aber gesagt hätten, dass sie über keine Plätze verfügten, und die Angaben im Kita-Navigator korrigiert hätten. Wie sei das Ganze angelaufen?

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) behauptet, es sei Bewegung hineingekommen, was sie freue. Sie habe von den Papierlisten wegkommen wollen. Dies sei bei einzelnen Kitaleitungen noch nicht angekommen gewesen. Weil die Eltern anriefen, werde jetzt gepflegt. Die Kitaleitungen nutzen jetzt das System. Sie hoffe, dass bald nur noch mit dem Kita-Navigator gearbeitet werde und keine Parallellisten mehr geführt würden.

**Dr. Maren Jasper-Winter** (FDP) möchte wissen, bis wann alle Daten eingepflegt sein sollten. Habe die Senatorin Fristen gesetzt?

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) wünscht dies sofort. Die Nennung eines Stichtags wäre unrealistisch. Die Bearbeitung gehöre zu den Aufgaben der Kitaleitung. Der Leitungsschlüssel sei nochmals verbessert worden. Durch das neue System hätten die Leitungen Vorteile.

**Dirk Stettner** (CDU) fragt, wie in Bezug auf das Angebot der freien Schulen, 3 000 Schulplätze zu bauen, der Stand der Prüfung sei. Seien die freien Schulen in den Digitalpakt eingebunden? Sei die Förderrichtlinie auch für die freien Schulen veröffentlicht worden?

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) bestätigt, dass sie einen Brief von den freien Schulen erhalten habe. Die umfangreiche Abhandlung sei ernsthaft geprüft worden. Das ganze Paket koste 50 Mio. Euro. Sie freue sich darüber, dass die freien Schulen zusätzlich Schulplätze anböten. Sie wisse nicht, wie viele freie Plätze die freien Schulen insgesamt hätten. Für sie sei zentral, dass das Land die Schüler zuweise. Man werde nicht freien Schulen Geld geben, ohne zu wissen, welche Schüler genommen würden.

Der **Ausschuss** schließt den TOP ab.

### Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Demokratie in der Schule – Klassenrat und  
Schüler\*innenhaushalt**  
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und  
Bündnis 90/Die Grünen)

[0229](#)  
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

### Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/1816  
**Kindertagespflege fördern und ausbauen: Mehr  
Plätze schaffen und Rahmenbedingungen verbessern**

[0245](#)  
BildJugFam(f)  
Haupt  
StadtWohn\*

Hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU zum Antrag der  
Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/1816-1  
**Kindertagespflege fördern und ausbauen: Mehr  
Plätze schaffen und Rahmenbedingungen verbessern**

[0245-1](#)  
BildJugFam(f)  
Haupt  
StadtWohn

- b) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/1817  
**Erhöhung der Vergütung von Tagespflegepersonen**

[0246](#)  
BildJugFam  
Haupt

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 05.09.2019

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugFam) erklärt zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion, dass die Potenziale ausgeschöpft seien. Tagespflegepersonen begännen mit einem Kind. Über die Jahre könnten es drei Kinder werden. Es gebe Entwicklungsschritte, die man für richtig halte. – Tagespflegekurse für Geflüchtete seien sinnvoll, um neue Potenziale zu erschließen. Eltern aus diesem Kulturkreis fühlten sich dadurch besonders angesprochen. – Bezüglich der Bezahlung werde der Landesmindestlohn Grundlage für die Berechnung werden. Man habe ca. 100 Plätze mehr als vor einem Jahr.

**Roman Simon** (CDU) meint, der Senat könne auch aus eigener Überzeugung Dinge tun. Die Kitas in Berlin seien Orte, wo Bildung vermittelt werde. Die CDU finde das Berliner Bil-

dungsprogramm sehr gut. Bildung sei essenziell für die Frage, ob Eltern ihre Kinder in eine fremde Betreuung geben wollten. Es sei nicht wichtig, wie lange Menschen hier wohnten; entscheidend sei, dass Qualität und Bildung vermittelt würden. Unerfreulich sei, dass B 2 für ausreichend gehalten werde.

**Katrin Seidel** (LINKE) erklärt, die Koalitionsfraktionen hätten zwei Anträge zur Verbesserung der Qualität und Quantität der Kindertagesbetreuung vorgelegt. Diese müssten endlich auf den Weg gebracht werden. Präsenzzeit in der Nacht müsse auch als Arbeitszeit gelten. Das Angebot benötige ressortübergreifende Zusammenarbeit. Es gehe um ein Modellprojekt.

**Melanie Kühnemann-Grunow** (SPD) sagt, es dränge in Bezug auf Sicherstellung und Bereitstellung von geeigneten Räumen und Flächen. Der Antrag nehme dies auf. Die Projekte seien unterstützenswert.

**Roman Simon** (CDU) erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag zu b) zustimmen werde. – Nach wie vor werde die Senatsverwaltung aufgefordert zu prüfen, wie Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz verwendet werden könnten. Die Senatsverwaltung wisse, was sie mit den Mitteln machen wolle.

**Dr. Maren Jasper-Winter** (FDP) signalisiert Zustimmung zu b). – Zu a): Die meisten Maßnahmen seien in Ordnung. Aber sie unterstütze den Änderungswunsch der CDU, den Punkt „Modellprojekt zur Ausbildung Geflüchteter zu Tagespflegemüttern und -vätern“ zu streichen. Das Ausbilden im laufenden Betrieb bringe das Absenken der, vor allem sprachlichen, Voraussetzungen mit sich. Dagegen habe sie erhebliche Bedenken. Diejenigen, die Tagespflegeeltern werden wollten, müssten ein entsprechendes Sprachniveau haben. Man habe in der Anhörung erfahren, dass das Sprachniveau nicht besonders hoch sei und viele Kinder Förderbedarf hätten. 0 bis 4 Jahre sei die Hauptzeit, in der Sprache erlernt werde. Im Rahmen des Modellprojekts blieben Kinder auf der Strecke, die von Personen betreut würden, die die deutsche Sprache noch nicht ausreichend beherrschten.

**Katrin Seidel** (LINKE) erwidert, dass Personen ausgesucht würden, die ein ausreichendes Niveau hätten, um mit Kindern zu arbeiten. Möglicherweise könne in Tandems gearbeitet werden. Es gebe i. Ü. bilinguale Kitas, in denen Menschen nur in ihrer Muttersprache kommunizierten. Die Betroffenen müssten eine persönliche und fachliche Eignung haben oder sich aneignen.

**Tommy Tabor** (AfD) befürchtet, dass später auch B 2-Kandidaten genommen würden. Das Modellprojekt könne erfolgreich sein, wenn aber langfristig Fachkräfte mit geringem Sprachniveau eingesetzt würden, sei dies problematisch. Ihm sei egal, ob ein Flüchtling, ein hier geborener Ausländer oder ein Deutscher nicht richtig sprechen könne. Wer dies nicht könne, sei nicht geeignet.

**Dr. Maren Jasper-Winter** (FDP) erwidert, in der Kita könnten sprachliche Mängel durch mehr Personal ausgeglichen werden. Bei der Tagespflege sei dies anders. Die Begründung suggeriere ein Absenken der Anforderungen, weil man schneller Menschen in die Berufe bekommen wolle. Das Modellprojekt berge viele Missverständnisse. Dies sei nicht sachgerecht.

**Marianne Burkert-Eulitz** (GRÜNE) entgegnet, dass die Personen das ansonsten angesetzte Sprachniveau haben sollten. Sie seien nie alleine tätig. Daher verstehe sie die Bedenken nicht. Modelle könnten auch scheitern.

Der **Ausschuss** lehnt zu a) die Änderungsanträge der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion ab. Er stimmt dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu a) zu. Er stimmt dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu b) zu.

#### Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/1936

**Qualität der Integrationskurse überprüfen –  
Evaluation der aktuellen Angebote notwendig**

[0251](#)  
BildJugFam  
IntArbSoz(f)

**Dennis Buchner** (SPD) kündigt die Ablehnung des Antrags an, obwohl das Anliegen nicht unberechtigt sei. Es handele sich um ein bundespolitisches Thema. Adressat wäre der Bundesinnenminister. Die Evaluation sei durch das BAMF in Auftrag gegeben, die Ergebnisse würden für 2022 erwartet. Viele Bundesländer seien nicht zufrieden. Daher habe der Bundesrat eine bessere Einbindung der Länder gefordert.

**Franz Kerker** (AfD) hält den Antrag für notwendig. Indikatoren zeigten, dass Steuergeld verschwendet werde. Die Kurse würden nur teilweise wahrgenommen. Es sei zu prüfen, ob diese Maßnahmen griffen oder nicht.

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) betont, dass der Bund der Adressat sein müsse. Sie habe das Thema in der KMK mehrfach angesprochen. Die Angebote des BAMF seien unflexibel. Die Träger dürften z. B. keine Kurse an beruflichen Schulen anbieten. Die Evaluation werde durch den Bund durchgeführt. Die Sprachkurse müssten zielgenau ankommen, damit bessere Bildungserfolge erzielt würden.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag ab.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Unternimmt Rot-Rot-Grün genug für kinderreiche Familien?**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0007](#)  
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 16.05.2019

**Roman Simon** (CDU) meint, die Situation für kinderreiche Familien in Berlin sei angesichts der Wohnsituation schwieriger geworden. Oft benötigten Familien eine größere Wohnung. Der Senat meine, auch diese Wohnungsproblematik werde über den Mietendeckel gelöst. Die CDU meine, dass damit der Neubau schwieriger werde, was sich nicht positiv auf die Situation

auswirken werde. Inwieweit habe die Senatsverwaltung sich bei den Beratungen über den Mietendeckel auf diesen Aspekt bezogen?

**Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) bekundet, der Senat wolle den Mietendeckel und Neubau von Wohnungen. Der Mietendeckel solle auch eine stärkere Verdrängung von Familien an den Stadtrand verhindern.

**Staatssekretärin Sigrid Klebba** (SenBildJugFam) weist auf Veränderungen in der AV Wohnen hin, die sich als Verbesserung für kinderreiche Familien auswirkten. Auch wenn die Miete 10 Prozent über dem Richtwert liege, könne weiterhin Wohngeld bezogen werden.

**Dr. Maren Jasper-Winter** (FDP) meint, schon die Ankündigung des Mietendeckels hemme die Investition ins Bauen. Dies treffe kinderreiche Familien am härtesten, die eigentlich in eine größere Wohnung ziehen müssten. – Da die Leistungen unübersichtlich seien, sollte man sie bündeln und auf ihre Einzelwirksamkeit überprüfen. Noch immer gebe es lange Wartezeiten.

**Katrin Seidel** (LINKE) behauptet, dass Rot-Rot-Grün sehr viel für kinderreiche Familien tue. Eine Kindergrundsicherung würde vieles erleichtern. Entlastungen schlugen zu Buche. Es gebe strukturelle Verbesserungen.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

#### Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/1323 Neu  
**Wiedereinführung der Verbeamtung von  
Lehrkräften**

[0188](#)  
BildJugFam  
Haupt

Hierzu:

Änderungsantrag der AfD-Fraktion zum Antrag der  
Fraktion der CDU  
Drucksache 18/1323 Neu-1  
**Wiedereinführung der Verbeamtung von  
Lehrkräften**

[0188-1](#)  
BildJugFam  
Haupt

**Dirk Stettner** (CDU) wirbt dafür, jenseits ideologischer Scheuklappen über die Bildungssituation in Berlin nachzudenken. Habe man nicht faktisch ein riesiges Problem damit, gut ausgebildete Lehrer in die Schulen zu bekommen? Könne man zwei Jahre warten, bis eine neue Koalition vielleicht anders entscheide? Die Koalition möge sich einen Ruck geben und ihre früheren Entscheidungen überdenken.

**Franz Kerker** (AfD) unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion. Berlin habe einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den anderen Bundesländern. Man müsse das Ganze aber finanzieren

können. Dazu gebe es keine verlässlichen Zahlen. Daher wolle man eine Prüfung durch den Rechnungshof.

**Dennis Buchner** (SPD) weist darauf hin, dass diese Frage die Politik seit vielen Jahren beschäftige. CDU-regierte Bundesländer hätten die Verbeamtung abgeschafft gehabt, Linke-regierte Bundesländer seien wieder in die Verbeamtung eingestiegen. Die SPD sei vor Kurzem auf ihrem Parteitag zu dem Schluss gekommen, dass Verbeamtung von Lehrkräften wieder ermöglicht werden sollte. Sie müsse aber akzeptieren, dass Koalitionspartner das anders sähen. Es gebe einen Koalitionsvertrag, der die Verbeamtung von Lehrkräften nicht enthalte. Verträge seien einzuhalten. Auch die verbeamtenden Bundesländer hätten Schwierigkeiten, Fachpersonal für ihre Schulen zu finden. Die Verbeamtung sei also kein alleiniges Mittel, sie habe auch finanzielle Implikationen, die noch zu klären seien. Daher werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

**Dr. Maren Jasper-Winter** (FDP) kündigt an, dass die FDP-Fraktion den Antrag aus ordnungspolitischen Gründen ablehnen werde. Es sei fraglich, ob mit der Verbeamtung ein etwaiger Wettbewerbsnachteil geheilt und das Personalproblem gelöst würde. Darüber wisse man nicht genug. Eine Wiedereinführung der Verbeamtung hätte erhebliche finanzielle Konsequenzen, u. a. künftige Pensionslasten. Lehrer/innen müssten nicht verbeamtet sein, um ihre Aufgaben ordentlich zu erledigen. Angestellte seien nicht schlechter ausgebildet und auch nicht schlechter bezahlt, sie leisteten genauso gute Arbeit. Die Verbeamtung sei nicht der richtige Weg.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD und den Antrag der CDU-Fraktion ab.

#### Punkt 7 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.